

Nachholbedarf

Ombudscomité fir d'Rechter vum Kand stellt Bericht zur Kinderrechtslage in Luxemburg vor

Von Michèle Gantenbein

Alle fünf Jahre fordert die Genfer Kinderrechtskommission von den UN-Mitgliedsstaaten einen Rechenschaftsbericht über die Kinderrechtslage. Dieses Jahr fällt dieser Bericht zeitlich zusammen mit dem Bericht des Ombudscomité fir d'Rechter vum Kand (ORK).

Das ORK befasst sich in dem 142-seitigen Dokument mit der Konformität der nationalen Gesetzgebung mit der internationalen Kinderrechtskonvention. Hier sieht das ORK Handlungsbedarf, denn die Luxemburger Gesetzgebung stimmt in fünf Punkten fünf Jahre nach dem letzten Bericht nach wie vor nicht mit der Konvention überein.

Das betrifft zum Beispiel das Recht des Kindes auf Informationen über die eigene Herkunft im Falle einer anonymen Geburt. Dieses Recht ist in Luxemburg nicht gesetzlich verankert. „Wir schlagen vor, geheime Informationen an einer staatlichen Stelle zu hinterlegen, damit das Kind später, wenn es den Wunsch hat, mehr über seine leiblichen Eltern zu erfahren, Zugang dazu bekommt“, erklärt René Schlechter, Präsident des ORK. Auf diese Weise soll ein Gleichgewicht hergestellt werden zwischen dem Recht des Kindes auf Informationen über seine Herkunft und dem Recht der Frau auf eine anonyme Geburt.

Ungeklärte Identität von Kindern

Handlungsbedarf sieht das ORK ganz besonders bei Kindern, deren Identität nicht geklärt ist. Das betrifft in erster Linie Kinder von abgelehnten Flüchtlingen. „Wir haben viele Fälle von Kindern, die keine offizielle Identität haben. Weil sie keine Papiere aus ihrem Herkunftsland vorweisen können, erhalten sie auch in Luxemburg keine Papiere“, erklärt René Schlechter. Diese Kinder gehen zwar zur Schule, „aber sie dürfen beispielsweise nicht am Schulausflug ins Ausland teilnehmen, weil sie das Land nicht verlassen dürfen“, so Schlechter. „Eine solche Situation kann auch dazu führen, dass Eltern, selbst wenn sie sich le-

gal im Land aufhalten, kein Kindergeld bekommen oder dass die Kinder keinen Wohnsitz haben, weil sie nicht angemeldet werden können.“

Das Ombudscomité hat die Erfahrung gemacht, dass diese Familien, wenn sie sich Hilfe suchend an die Botschaft ihres Herkunftslandes wenden, abgewiesen werden, „weil die Botschaften oft kein Interesse haben, Kindern in solchen Situationen zu helfen, aus sehr unterschiedlichen Gründen“.

● *Es muss möglich sein, Geldstrafen zu verhängen, wenn Eltern gewaltsame Erziehungsmethoden anwenden.*

René Schlechter



ORK-Präsident René Schlechter (Mitte) und die Mitglieder des Ombudscomité überreichen ihren Bericht an Kammerpräsident Fernand Etgen (2.v.r.).

Foto: Chambre des Députés

Das ORK fordert Luxemburg dazu auf, diese Kinder gezielt zu unterstützen.

Körperliche Züchtigung

Körperliche Züchtigung ist gesetzlich verboten. Das ORK begrüßt das, ist aber der Ansicht, dass die gesetzlichen Formulierungen zu weich sind. „Die Botschaft ist nicht klar und es gibt keine Sanktionen für Eltern“, meint Schlechter. „Wir sind nicht dafür, Eltern zu kriminalisieren, aber es muss möglich sein, Geldstrafen zu verhängen, wenn Eltern gewaltsame Erziehungsmethoden anwenden.“ Der Staat brauche ein Instrumentarium, um Forderungen nach einer gewaltfreien Erziehung durchzusetzen, so der ORK-Präsident.

Das Genfer Komitee befasst sich in seinem Fragenkatalog auch mit vermissten minderjährigen Flüchtlingen, die ohne Eltern nach Luxemburg gekommen sind. Sie stellen oft keinen Asylantrag, befinden sich eine Zeit lang auf Luxemburger Territorium und verschwinden dann wieder vom Ra-

dar der Behörden. Das ORK schlägt vor, in Luxemburg ein spezielles Statut für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu schaffen, das diese Jugendliche schützt und den Staat verpflichtet, sich um sie zu kümmern und ihnen Angebote zu machen.

Niemand zuständig

Momentan ist keine Instanz für solche Minderjährige zuständig, erklärt René Schlechter. Auch das Jugendgericht nicht. „Das Jugendgericht erklärt sich in solchen Fällen für nicht zuständig, weil es niemanden gibt, dem das Gericht das Sorgerecht wegnehmen kann. Das ist ein Paradox“, so der ORK-Präsident.

Das ORK richtet einen Appell an die Vereinswelt (Sport, Musik, Kultur), sich im Rahmen ihrer Aktivitäten stärker an den Kinderrechten zu orientieren, insbesondere was den Schutz der Kinder und das Mitspracherecht betrifft. Das ORK hat eine Charta ausgearbeitet, an der die Vereine sich orientieren können.